

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3zeilige
Beitragzeile.
Geschaftswerbungen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey,
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionslokal: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002

Zur Reichstagswahl.

Am 4. Mai werden auch unsere Kolleginnen und Kollegen zur Wahlurne gehen, soweit sie am Wahltag 20 Jahre alt sind.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksgewerkschaften, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten. Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegsgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch werktätige Arbeit. Nicht Waffen, — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergeburt Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, anbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Versiehl wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung verweist, anstatt sie durch Schutz leistungsfähiger zu machen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten einen anständigen Lebenslohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht.

Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verweist den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Produktion zu vermindern und die drückende Not durch gezielte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Überführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialpolitik, der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den Ausbau des Arbeitsrechtes als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschwächtes Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohnneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Ertragsmitteln der allmählichen Mietaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese Wahlforderungen der Gewerkschaften einzutreten und alle Kräfte anzubieten, damit die Pläne der militäristischen und industriellen Machtpolitiker zerschanden gemacht werden. Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksversammlung gewählt wird, die volle Bürgschaft für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet, für eine Zukunft, in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine

Pflichterfüllung auf Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Sollen nicht wieder Zustände eintreten, unter denen die Arbeiterschaft rechtlos ist, dann müssen unsere Mitglieder am Wahltag

sozialistisch wählen.

Zum 1. Mai.

Kämpfen und hoffen, Heben und lassen:
Nie das Ziel aus dem Auge lassen!
Nur wer da weiß, wohin er strebt,
Wagt an der Zukunft, handelt und lebt!

Auch in diesem Jahr erhebt die organisierte Arbeiterschaft in der ganzen Welt ihre Stimme, um zu fordern ihr Recht, um zu protestieren gegen Unrecht. Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt im Namen des international organisierten Proletariats an die Spitze seiner Forderungen den Ruf nach Frieden. Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverheißenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht toter Buchstabe bleiben: die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich gegen den Raub des Achtstundentages durch die unerträglichen Zugnießer langer Arbeitszeit. Fünf Jahre lang haben die Gewerkschaften diese Ergrüßung gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. Von der Haltung der Arbeitnehmerschaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab, ob der Achtstundentag wiederhergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird. Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Entschlossenheit und Entschlossenheit für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung gefeilt, die von der Inflation hinweggerissen ist. Überall wird abgebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Besitzenden, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reiches aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz eigener Beiträge der Arbeiter- und Angestelltenchaft eingeschränkt, die Lage der Kriegsbeschädigten und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trostloser. Die Vorarbeiten für das einheitliche Arbeitsrecht sind eingestellt.

Deshalb fordern wir am 1. Mai auch die Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung. Zugleich erneuern wir unser Gelübnis zur Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung. Die Demonstrationen müssen eindrucksvoll gestaltet werden. Aber die Art der Ausföhrung muß örtlich eine Verständigung erfolgen. Wo es ohne ernste Schädigung der Arbeitnehmerschaft möglich, soll die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden.

Die kommunistische Presse gegen kommunistischen Schwindel.

Durch die kommunistische Tagespresse ging Anfang April ein Artikel von A. Enderle mit der Überschrift „Die gegenwärtige Lage in der Gewerkschaftsbewegung.“ Enderle stellt den Rückgang der Mitgliederzahl in der deutschen Gewerkschaftsbewegung fest, tatsächlich beschäftigt er sich nur mit den freien Gewerkschaften. Die Ursache für die von ihm behauptete Massenflucht aus den Gewerkschaften ist selbstverständlich in erster Linie zu suchen in

dem verräterischen Verhalten der Gewerkschaftsföhrer. Im Gegensatz zur kommunistischen Partei und zur kommunistischen Presse erklärt jedoch Enderle, dieser Hinweis auf die Amsterdamer sei noch keine genügende Erklärung für den Rückgang, und er stellt die Frage:

Warum ist nicht der größte Teil der Ausgetretenen in den Industrien, wo schon selbständige revolutionäre Verbände bestehen (Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Freier Eisenbahner-Verband, Freier Landarbeiter-Verband, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Schiffs- und andere) eingetreten? Wie kommt es, daß diese Verbände teils selbst Mitgliederrückgang oder nur ganz geringe Zunahmen aufzuweisen haben? Warum ist stellenweise der Rückgang in den Verwaltungskreisen der alten Verbände, wo die Kommunisten die Führung haben (Metallarbeiter, Stuttgart, Essen, Halle usw.) ebenfalls ein starker?

Nach mehreren pflichtschuldigem Anwürfen gegen die freien Gewerkschaften jagt Enderle seinen kommunistischen Freunden,

„daß die schwere Wirtschaftskrise, die vielen Millionen Arbeitslose, selbst bei einer einwandfreien Haltung der Gewerkschaften, einen starken Mitgliederrückgang gebracht hätte.“

Einen, vielleicht den schwerwiegendsten, Grund für den Mitgliederrückgang sieht Enderle nicht, und doch liefert er für diese Hauptursache selbst den Beweis. Er sagt:

Soweit Zeitberichte kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre aus einer Anzahl der wichtigsten Bezirke vorliegen, wird durchschnittlich ein Mitgliederrückgang bis Ende Februar von 50 bis 60 Prozent gemeldet. Im Bezirk Chemnitz beispielsweise wurden von den wichtigsten Verbänden und Zählstellen insgesamt

Die wichtigsten Bezirke sind jene, in denen die Kommunisten am schlimmsten gehaßt haben. Dort sind selbstverständlich auch die stärksten Mitgliederrückgänge zu verzeichnen als Folge der unerhörtesten Sche, die zum Ziele hatte Erschütterung des Vertrauens zur Organisationsleitung. Wo die Kommunisten nur schwach vertreten sind, ist auch der Rückgang relativ gering. Die kommunistische Partei kann deshalb mit Recht von sich behaupten, sie habe die Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft erreicht.

Nun wiederholen die kommunistischen Redner und die kommunistische Presse seit Jahren vieltausendstimmig die Behauptung, an den geringen Erfolgen der Arbeiter seien die Amsterdamer Bürokraten schuld. Die Arbeiterschaft brauche sich nur unter kommunistische Führung zu stellen und alles werde sich zum Besseren wenden. Diese demagogische Phrase zerstört nun der kommunistische Führer Enderle mit grauamer Rücksichtslosigkeit, indem er sagt:

„Wärden wir den Massen den Glauben lassen oder ihnen gar einimpfen, daß es lediglich darauf ankommt, die Gewerkschaften besser im Sinne des Klassenkampfes zu führen bzw. neue revolutionäre Gewerkschaften zu schaffen, um in kurzer Zeit wieder alle Arbeiter organisatorisch zu erfassen und den Massen bedeutende wirtschaftliche Vorteile zu sichern, dann müßte das zu einer schweren Enttäuschung führen. Weil eben sicher ein großer Teil der Arbeiter infolge der Wirtschaftskrise tatsächlich indifferent und gelb geworden ist und auch in revolutionäre Gewerkschaften erst bei einer allgemein aufsteigenden Welle, bei steigender Konjunktur oder dem Einsetzen eines neuen revolutionären Aufschwungs eintreten werden. Die neuen Gewerkschaften würden daher bestimmt in der jetzigen Periode, selbst bei größter Anstrengung, nur eine Minderheit des Proletariats erfassen — um so mehr, wenn diese Neugründungen so schematisch vollzogen würden, wie das übereifrige Genossen wollen.“

Enderle weist dann nach, daß die Spaltung in Frankreich und in der Tschechoslowakei der Arbeiterschaft schwere Nachteile brachte. Er schreibt:

„Die Genossen, die sich durch diese Beweisführung nicht überzeugen lassen wollen und trotzdem an den unbedingten Erfolg neuer Gewerkschaften glauben, mögen die Richtigkeit unserer Auffassung an den Beispielen in der Tschechoslowakei und in Frankreich nachprüfen. Dort waren unsere Genossen durch die Taktik der Amsterdamer zur Gründung selbständiger Organisationen gezwungen. Und wir sehen, daß trotzdem die Massen nicht, wie auch dort viele Genossen annahmen, restlos zu den roten Gewerkschaften kamen, sondern indifferent blieben.“

Enderle versucht zweifellos, objektiv zu sein, aber es gelingt ihm nicht. Obwohl er die Gründung selbständiger Gewerkschaften durch die kommunistische Partei zugeben muß, schiebt er die Schuld der Amsterdamer zu. Ist es nicht widersinnig, zu unterstellen, die jahrzehntealte Organisation habe ein Interesse an einer Spaltung? Dieses Interesse kann

